

# Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag **#sogehitsolidarisch** Ende November 2022

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## links im Landtag

Fraktion DIE LINKE.  
im Sächsischen Landtag  
Herbst 2022

**Es reicht!**     
**Das Leben muss  
bezahlbar sein.**

## Staatliche Preiskontrollen jetzt!

**Es reicht! Das Leben muss bezahlbar sein.** Die Mehrheit hat zu Recht das Gefühl, dass es nicht gerecht zugeht. Wir wollen das ändern. Die Energiekrise mit ihren enormen Preiserhöhungen bringt uns in eine Notsituation. Der Staat muss helfen, im Bund wie in Sachsen! Geld ist da: Viele Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne – wir wollen, dass diese konsequent abgeschöpft werden. Leistungsloses Einkommen in Form

riesiger Erbschaften und enormer Finanzmarktgewinne, extrem Vermögende sowie Großverdienerinnen und Großverdiener wollen wir gerecht besteuern.

Schon in den letzten Wintern hatten Millionen Menschen in Deutschland nicht genug Geld, um ihre Wohnung angemessen zu heizen. In Sachsen bekommen mehr als 300.000 Beschäftigte weniger als 1.500 Euro netto im Monat, obwohl

sie in Vollzeit arbeiten. Zehntausende Rentnerinnen und Rentner müssen mit weniger als 1.000 Euro auskommen. Jeder dritte Haushalt in Deutschland war schon im letzten Jahr nicht in der Lage, 1.150 Euro für eine zusätzliche Ausgabe aufzubringen. Nun flattern reihenweise Abschlagserhöhungen und bald enorme Nachzahlforderungen in die Briefkästen. Diejenigen, die überlastet sind, müssen endlich entlastet werden – mit Direkt-

zahlungen, wirklichen Preisdeckeln und dem Verzicht auf die Mehrwertsteuer bei Grundnahrungsmitteln.

Nicht erst seit gestern streiten wir für bezahlbare Wärme, Lebensmittel und Mobilität. Alle sollen blechen, damit Krisengewinner dicke Profite machen? Nicht mit uns! Gewinne umverteilen, Preise drücken, Energiekonzerne ver-gesellschaften: **Das wäre gerecht. Dafür kämpfen wir im Landtag.**

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

im Dezember entscheidet die Landtagsmehrheit über Sachsens Ausgaben in den Jahren 2023 und 2024. Wir haben viele Änderungsforderungen zum Landeshaushalt, nachzulesen auch in der neuen Ausgabe unserer landesweit verteilten Zeitung „links im landtag“ – [hier](#) digital. Wir streiten beispielsweise für kostenlose Mittagessen in Kita und Schule sowie geringere Kita-Elternbeiträge. Es ist allerhöchste Zeit für Entlastung!

*Kevin Reißig, Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! [www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter](http://www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter)

---

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Linksfraktion beantragt die Entlastung armer Familien
2. Auch mit „Bürgergeld“ droht bei Jobverlust Armut
3. Härtefallfonds für Ostrenten: ein schlechter Scherz
4. Pflegeplatz-Eigenanteil binnen eines Jahres 37 Prozent teurer
5. Fast 300 Euro für einen Feiertag? Schluss damit!
6. Warum gibt's nicht an allen Schulen Plätze für ein FSJ Pädagogik?
7. LINKE-Parlamentarierinnen auf Asyltour
8. Hilfe für Menschen in besonderen Notlagen
9. Katzenleid vermeiden!
10. Auch das gibt's

---

## Linksfraktion beantragt die Entlastung armer Familien

---

In der Haushaltsberatung schlagen wir ein Gutscheinprogramm vor, das Familien mit geringem Einkommen entlasten würde. [Sind sie armutsgefährdet, sollen sie aus Landesmitteln einen Freizeitgutschein in Höhe von 300 Euro erhalten, bei mehr als drei Kindern 500 Euro.](#) Der Gutschein soll für den Eintritt etwa in Museen, Zoos, Theater, Schwimmbäder, Sternwarten oder Besucherbergwerke einlösbar sein. Im Sozialausschuss unterstützten Koalition und Rechtsaußen-Fraktion unser Anliegen nicht – im Dezember muss das Landtagsplenum darüber befinden.



Kora27, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

---

## Auch mit „Bürgergeld“ droht bei Jobverlust Armut

---



Wer seine Arbeit verliert – und das passiert den wenigsten selbstverschuldet – ist nach dem Ende des Arbeitslosengeld-1-Bezugs weiter gefährdet, seinen erarbeiteten Wohlstand zu verlieren oder ganz in Armut abzurutschen. Die CDU/CSU hat die Ampel-Koalition mit einer menschenfeindlichen Desinformationskampagne dazu gebracht, das ohnehin schon nicht ausreichende ‚Bürgergeld‘ weiter zu

verschlechtern. Hartz IV lebt also unter anderem Namen und mit einigen Korrekturen fort.

[Niemand darf gezwungen sein, unterhalb des Existenzminimums zu leben!](#)

---

## Härtefallfonds für Ostrenten: ein schlechter Scherz

---

In der DDR geschiedene Frauen leben bis heute teils in extremer Altersarmut, weil die begünstigenden Rentenregelungen, die sie in der DDR besaßen, nach 1990 gestrichen wurden. Dieses Schicksal teilen sie mit den Angehörigen zahlreicher weiterer Personen- und Berufsgruppen, die um einen Teil ihrer Rentenansprüche gebracht worden sind. Nach fast



32 Jahren will die Bundesregierung Betroffene mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro entschädigen – sofern sie noch leben und Grundsicherung benötigen. Das reicht alles bei weitem nicht. Wir fordern die Staatsregierung auf, in Berlin auf Nachbesserung zu drängen und die Einmalzahlung aufzustocken. Das werden wir auch in der laufenden Haushaltsberatung

beantragen.

---

## Pflegeplatz-Eigenanteil binnen eines Jahres 37 Prozent teurer

---



Michael Dr Gumtau, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0

Wie die Freie Presse berichtet, ist der Eigenanteil für einen Pflegeplatz laut einer AOK-Analyse in den letzten zwölf Monaten durchschnittlich um 37 Prozent angehoben worden. Wer in einem Pflegeheim lebt, muss im Schnitt 1.800 Euro pro Monat selbst zuzahlen. Wer kann sich das leisten? Es ist höchste Zeit, die Pflegefinanzierung gerecht zu machen! Das gelingt, indem wir die Pflegevollversicherung einführen. Wir nehmen nicht hin, dass

immer mehr Menschen zum Sozialamt gehen müssen, nachdem sie pflegebedürftig geworden sind.

---

## Fast 300 Euro für einen Feiertag? Schluss damit!

---

Bisher zahlen Sachsens Beschäftigte teuer für den Buß- und Betttag – er kostet sie bis zu knapp 300 Euro im Jahr, die sie zusätzlich in die Pflegekasse entrichten müssen. Die Biedenkopf-CDU hat das so gewollt. Seit Jahren fordern wir die gerechte Lösung, dass die



Beiträge zur Pflegeversicherung wieder zu gleichen Teilen von Beschäftigten und Unternehmen bezahlt werden.

Inzwischen scheint sich sogar die CDU in dieser Frage zu bewegen. Wir haben also erneut einen Antrag im Landtag eingereicht. Die CDU darf nicht nur den Mund spitzen, sondern sie muss auch pfeifen!

---

Warum gibt's nicht an allen Schulen Plätze für ein FSJ Pädagogik?

---



Warum ist es eigentlich nur an sehr wenigen sächsischen Schulen möglich, ein Freiwilliges Soziales Jahr Pädagogik zu absolvieren? Die Regierung sollte nachlegen, denn damit kann sie den so dringend benötigten Lehrkräfte-Nachwuchs fördern – wer an einer Schule arbeiten soll, muss wissen, was dort passiert. Klar ist: FSJ-Kräfte brauchen Betreuung, sie bringen aber kurzfristig auch Entlastung im

Unterrichtsalltag.

---

LINKE-Parlamentarierinnen auf Asyltour

---

Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst, die Bundestagsabgeordnete Clara Bünger und die Landtagsabgeordnete Juliane Nagel haben sich bei einer Tour durch Sachsen über die aktuelle asylpolitische Situation informiert. Sie kamen mit Geflüchteten, Beraterinnen und Beratern sowie Ehrenamtlichen ins Gespräch und besuchten unter anderem Geflüchtetenunterkünfte sowie den Abschiebeknast in Dresden. Sie ziehen ein klares Fazit: Das gesamte System des Asyl- und Aufenthaltsrechts muss umgedreht werden. § 24



Aufenthaltsgesetz, der den ukrainischen Kriegsopfern Schutz verspricht, soll für alle Schutzsuchenden gelten.

---

## Hilfe für Menschen in besonderen Notlagen

---



Im Petitionsausschuss bekommen wir immer wieder teils erschütternde Hilfesuche auf den Tisch, in denen verzweifelte Menschen um Unterstützung durch das Parlament bitten. In diesen Einzelschicksalen spielen oft Armut, psychische und physische Erkrankungen oder anderweitige Notsituationen eine Rolle. Oft ist der Rechtsweg ausgeschöpft und

keine Linderung durch politische Maßnahmen zu erwarten. Daher soll der Petitionsausschuss künftig in Einzelfällen Geld aus einem Härtefallfonds ausschütten dürfen.

---

## Katzenleid vermeiden!

---

Katzen sind keine Wildtiere – sie brauchen menschliche Unterstützung. Fehlt diese, bedeutet das für Millionen streunende Katzen oft Unterernährung, Krankheiten und Schmerzen. Wir wollen dieses Katzenleid beenden. Dazu ist es wichtig, dass freilaufende Katzen kastriert sind. Mit einem Gesetzentwurf wollen wir den Kommunen die Rechtsgrundlage und das Geld dafür geben, ihre Kastrationsprogramme durchzuführen und



DORIS META F, flickr.com, CC BY-NC 2.0

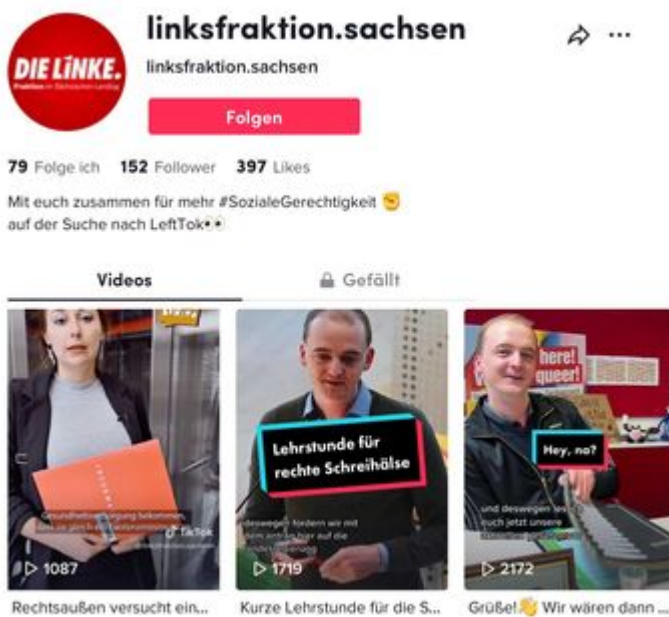
Katzenbesitzer zu verpflichten, ihre Freigänger zu kastrieren.

[Tierschutzverbände stimmen uns zu.](#)

---

Auch das gibt's

---



... nämlich uns ab sofort bei TikTok – [hier entlang](#) zu den ersten Videos!

## Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

[linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)